

## **BESCHLUSS- (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der Gemeinderät\*innen Peter Florianschütz MA, MLS, MMag.a Pia Wieninger (SPÖ), Mag.<sup>a</sup> Bettina Emmerling, MSc, Thomas Weber (NEOS), Ömer Öztas, Nikolaus Kunrath (Grüne)

eingebraucht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28. April 2021 zur Post 9 der Tagesordnung

### **betreffend den Wiener Studenten Ahmed Samir Abdelhay Ali**

Der Wiener Student Ahmed Samir Abdelhay Ali, der an der Central European University (CEU) in Wien studiert und in Wien eine neue Heimat gefunden hat, wurde Anfang Februar in Kairo, wo er anlässlich eines Familienbesuchs war, von den ägyptischen Behörden wegen des unbewiesenen Verdachts der „Verbreitung von Falschmeldungen auf Social Media“ und der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppierung“ vorgeladen, festgenommen und wird seitdem festgehalten.

Mehrere Initiativen und Petitionen zur Freilassung von Ahmed Samir Abdelhay Ali wurden weltweit gestartet.

Unter den dabei federführenden Personen und Organisationen finden sich der Rektor der CEU Michael Ignatieff, die Österreichische Hochschüler\*innenschaft und viele zivilgesellschaftliche Organisationen wie Amnesty International.

Wien ist eine internationale Menschenrechtsstadt und wir sind stolz darauf, dass wir die Heimat von wissenschaftlichen Einrichtungen sind, die und deren Mitglieder in unserer Stadt die Möglichkeit haben, in Freiheit wissenschaftliche Tätigkeit zu betreiben und dem Studium nachzukommen.

Gerade die CEU hat erst vor kurzem bei uns eine neue Heimat gefunden und die Hochschullandschaft Wiens bereichert.

Die unterzeichnenden Gemeinderät\*innen stellen gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG:**

der Wiener Gemeinderat ersucht den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, dass die Republik Österreich alles in ihrer Macht stehende unternimmt um eine rasche, sichere Rückkehr des Wiener Studenten nach Wien zu seiner Ausbildung zu ermöglichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28. April 2021